

FREIBERUFLER-TICKER vom 28. März 2025

1. BFB ruft zu Dialog zwischen Politik und Gesellschaft auf

Der BFB äußerte sich in einer [Pressemitteilung](#) zur Konstituierung des neuen Bundestages. Er betont die Bedeutung eines offenen Dialogs zwischen Politik und Gesellschaft – gerade in Zeiten großer Herausforderungen. Freiberuflerinnen und Freiberufler seien nah an den Menschen und könnten durch ihre Erfahrungen wichtige Impulse geben. Der BFB lädt die Abgeordneten ein, mit Freien Berufen in ihren Wahlkreisen ins Gespräch zu kommen. Ziel sei es, gesellschaftliche Perspektiven besser zu verstehen und politische Entscheidungen praxisnah zu gestalten.

2. EU-Strategie zur Krisenvorsorge vorgestellt

Von zunehmenden geopolitischen Spannungen und Konflikten, hybriden Angriffen und Cybersicherheitsbedrohungen, ausländischer Informationsmanipulation und Einflussnahme bis hin zum Klimawandel und zunehmenden Naturkatastrophen muss die Europäische Union bereit sein, ihre Bürgerinnen und Bürger und die wichtigsten gesellschaftlichen Funktionen, die für die Demokratie und das tägliche Leben von entscheidender Bedeutung sind, zu schützen. Vor diesem Hintergrund und aufbauend auf dem [Niinistö-Bericht](#) veröffentlichte die Europäische Kommission am 26. März 2025 ihre EU-Strategie zur Krisenvorsorge. Konkret umfasst die [EU-Strategie für Krisenvorsorge](#) 30 Leitaktionen und einen detaillierten [Aktionsplan](#). Zu den Leitaktionen gehören unter anderem: die Entwicklung von Mindestvorsorgekriterien für grundlegende Dienstleistungen wie Krankenhäuser, Schulen, Verkehr und Telekommunikation; die Verbesserung der Bevorratung kritischer Ausrüstungen und Materialien; die Verbesserung der Anpassung an den Klimawandel und der Verfügbarkeit kritischer natürlicher Ressourcen wie Wasser oder die Entwicklung einer umfassenden Risiko- und Bedrohungsanalyse auf EU-Ebene.

3. KOMPASS für Solo-Selbstständige wird verlängert

Das ESF Plus-Förderprogramm „KOMPASS – Kompakte Hilfe für Solo-Selbstständige“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), an dessen Konzipierung der BFB neben Industrie und Handwerk beteiligt war, wird bis zum Ende der aktuellen ESF Plus-Förderperiode verlängert. Bis zum 29. Februar 2028 können sogenannte Qualifizierungsschecks für Solo-Selbstständige durch die KOMPASS-Anlaufstellen weiter ausgestellt werden. Ein Qualifizierungsscheck ermöglicht die Erstattung von bis zu 90 Prozent der Kosten einer Weiterbildung (maximal 4.500 Euro). Bislang wurden, laut Pressemeldung des BMAS vom 19. März 2025, seit Start des Programms im Sommer 2023 über 2.500 Qualifizierungsschecks von den bundesweit über 30 Anlaufstellen ausgestellt. Der BFB setzt sich für eine Evaluierung des Programms und die Berücksichtigung der vorgebrachten Vorschläge freiberuflicher Antragstellerinnen und Antragsteller aus. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

4. Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) – Anpassung

Der [Bundesrat](#) stimmte Ende vergangener Woche der Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren zu. Damit steigen die Wertgebühren um sechs Prozent und die Festgebühren um neun Prozent. Neben der linearen Anhebung der Gebühren bringt die Reform auch strukturelle Veränderungen. Die Gegenstandswerte in Kindschaftssachen werden auf 5.000 Euro angehoben, die Prozesskostenhilfivergütung weiter an die Honorare von Wahlanwältinnen und Wahlanwälten angepasst und die Vergütungssätze für Sachverständige, Dolmetscherinnen und Verfahrensbeistände steigen. Die RVG-Anpassung ist Bestandteil des sogenannten Kostenrechtsänderungsgesetzes 2025. Die nun beschlossene Erhöhung soll den

inflationsbedingten Kostensteigerungen in Kanzleien Rechnung tragen. Deutscher Anwaltverein und Bundesrechtsanwaltskammer hatten sich intensiv für diese Anpassung eingesetzt.

5. Allianz Global Pension Report 2025

Die Allianz veröffentlichte bereits Anfang des Jahres die dritte Ausgabe ihres „[Global Pension Report](#)“, der 71 internationale Rentensysteme mit Hilfe des firmeneigenen „Allianz Pension Index“ (API) analysiert. An der Veranstaltung zur Vorstellung der Studie am 26. März 2025 nahm auch der BFB teil. Analysiert wurden demografische und steuerliche Ausgangswerte sowie Nachhaltigkeit (zum Beispiel Finanzierung und Beitragsfristen) und Angemessenheit (zum Beispiel Deckungs- und Rentenniveau) der Rentensysteme. Fragen nach den nötigen Reformen des Arbeitsmarkts und des Rentensystems sowie danach, welchen Beitrag die verschiedenen staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteurinnen und Akteure dazu leisten können, standen ebenfalls auf der Tagesordnung. Auf den Faktor Migration könne man sich nicht ausschließlich verlassen. Vorhandene Potenziale, beispielsweise Beschäftigung von Frauen und älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, müssten verstärkt in den Blick genommen werden.

6. IAB-Konjunkturprognose für 2025

Wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) am 24. März 2025 [mitteilte](#), soll es mit den beschlossenen Fiskalpaketen in erheblichem Umfang eine konjunkturelle Belebung in Deutschland geben. Zudem soll das Bruttoinlandsprodukt um 0,2 Prozent steigen. Gleichzeitig wird der Arbeitsmarkt durch die schwache Konjunktur und die Transformationskrise beeinträchtigt. Im Jahresdurchschnitt soll die Zahl der Erwerbstätigen leicht um 40.000 Personen sinken, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt jedoch um 60.000 Personen. Des Weiteren soll die Zahl der Arbeitslosen um 140.000 zunehmen.

7. IAB zu Arbeitszeit-Gendergap

Wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Ende vergangener Woche [mitteilte](#), lag die Zahl der von berufstätigen Frauen jährlich geleisteten Arbeitsstunden im Schnitt 24 Prozent unter der der Männer. Sie ist damit nur vier Prozentpunkte niedriger als vor 25 Jahren. Hauptgrund sind die über den gesamten Erwerbsverlauf hinweg deutlich höheren Teilzeitquoten von Frauen. Zuletzt war fast die Hälfte der Erwerbstätigen in Deutschland weiblich, was nicht die gleiche Teilhabe am Arbeitsmarkt bedeutet. Denn die reinen Personenzahlen berücksichtigen nicht die unterschiedlichen Arbeitszeiten von Frauen und Männern. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen stieg ausschließlich bei den Teilzeitbeschäftigten an. Während mittlerweile fast 60 Prozent aller beschäftigten Frauen in Teilzeit arbeiten, sind es bei den Männern rund 20 Prozent.

8. Elterngeld Plus gewinnt an Bedeutung

Nach [Angaben](#) des Statistischen Bundesamtes vom 24. März 2025 bezogen 2024 etwa 1,67 Millionen Frauen und Männer Elterngeld, ein Minus von 5,4 Prozent zum Vorjahr. Damit sank die Zahl der Elterngeldbeziehenden im dritten Jahr in Folge und lag 10,6 Prozent niedriger als 2021. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum ging die Zahl der Geburten nach vorläufigen Angaben um etwa 15 Prozent zurück. 613.000 Bezieherinnen und Bezieher von Elterngeld planten 2024 die Inanspruchnahme von Elterngeld Plus, und zwar 42,3 Prozent der berechtigten Mütter und 20,6 Prozent der Väter. Das Elterngeld Plus fällt monatlich niedriger aus als das sogenannte Basiselterngeld, wird dafür aber länger gezahlt, sodass es insgesamt den gleichen Gesamtbetrag ergibt.

9. Noch bis zum 9. Mai 2025 für TidA bewerben

Das Stipendienprogramm „Talente in der Ausbildung“ (TidA), getragen von der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung (SBB) und der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw), geht in die zweite Förderrunde. Interessierte Bewerberinnen und Bewerber, die vor dem Beginn einer dualen Ausbildung stehen und noch mindestens zwei Jahre in der Lehre sein werden, können sich noch bis zum 9. Mai 2025 über die [sdw-Website](#) dafür bewerben. Der BFB als Gesellschafter der SBB und Vorsitzender der SBB-Gesellschafterversammlung konzipierte das Programm TidA mit, begleitet es und unterstützt die Initiative zur Stärkung und Bindung von beruflichen Talenten.

10. Erster Zuständige-Stellen-Finder gestartet

Ab sofort können alle, die sich für Ausbildungs- und Prüfungsthemen interessieren, auf der Plattform „Leando“ von einem deutschlandweit einzigartigen Tool profitieren. Der „[Zuständige-Stellen-Finder](#)“ ermöglicht eine schnelle Recherche, um herauszufinden, welche Stellen für Fragen rund um Ausbildung und Prüfung in jedem anerkannten Ausbildungsberuf nach Berufsbildungsgesetz oder Handwerksordnung für jeden Ort Deutschlands zuständig sind. Der BFB ist Mitglied der redaktionellen Begleitgruppe zu Leando.

11. „Ghosting“ im Job

Wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung am 24. März [mitteilte](#), berichten immer mehr Betriebe von Problemen bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen. Während 2013 nur 29 Prozent der Betriebe ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen konnten, waren es 2021 bereits 51 Prozent. Als Hauptgrund nennen die befragten Betriebe den generellen Mangel an Bewerbungen. Doch berichtet inzwischen auch jeder vierte Betrieb mit unbesetzten Ausbildungsplätzen, dass geeignete Bewerberinnen und Bewerber abspringen. Gab 2013 rund jeder dritte Betrieb mit unbesetzten Ausbildungsplätzen an, dass sich nicht genug Personen auf die angebotenen Ausbildungsstellen beworben haben, waren es 2023 mit 57 Prozent mehr als die Hälfte. Großbetriebe mit 500 und mehr Beschäftigten nennen Absprünge von Bewerberinnen und Bewerbern besonders häufig als einen der Gründe für die Nichtbesetzung von Ausbildungsplätzen. Aber auch 28 Prozent der Kleinstbetriebe mit weniger als zehn Beschäftigten haben mit dem Phänomen zu tun. 2013 waren es noch 19 Prozent.

12. Mehr junge Menschen beginnen einen Bildungsweg im Anschluss an Sekundarstufe I

Wie das Statistische Bundesamt Ende vergangener Woche [mitteilte](#), stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Sekundarstufe II um 14 Prozent an. 2024 fingen gut 1,9 Millionen Menschen ein Studium, eine Berufsausbildung, ein Programm im Übergangsbereich zwischen Schule und Beruf an oder erwarben eine Hochschulzugangsberechtigung, ein Plus von vier Prozent zu 2023. Der Zuwachs ist unter anderem auf Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer mit ausländischer Staatsangehörigkeit zurückzuführen, deren Zahl um zwölf Prozent beziehungsweise 42.900 Personen gegenüber 2023 zunahm. Von den insgesamt 1,9 Millionen Personen haben 691.200 eine Berufsausbildung angetreten, 495.800 Personen begannen ein Hochschulstudium, 1,9 Prozent plus zum Vorjahr. 467.300 Schülerinnen und Schüler begannen den Weg zum Abitur beziehungsweise zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung – entweder in gymnasialen Oberstufen oder an beruflichen Schulen.

13. Ausgaben pro Schülerin oder Schüler an öffentlichen Schulen

Wie das Statistische Bundesamt am 24. März 2025 [mitteilte](#), wurden 2023 etwa 9.800 Euro für die Ausbildung einer Schülerin oder eines Schülers an öffentlichen Schulen ausgegeben, ein Plus von drei Prozent zu 2022. Gut drei Viertel der Ausgaben entfielen auf Personalkosten. Zudem variieren die Ausgaben je nach Schulform deutlich. So beliefen sich die Pro-Kopf-Ausgaben an Grundschulen auf 8.400 Euro, während es an Integrierten Gesamtschulen rund 11.600 Euro waren. Des Weiteren wurden an Gymnasien durchschnittlich 10.900 Euro je Schülerin und Schüler ausgegeben. An beruflichen Schulen lagen die Ausgaben deutlich niedriger, etwa 7.100 Euro je Schülerin oder Schüler wurden 2023 dort aufgewendet. Erklärbar sind die niedrigeren Ausgaben an den beruflichen Schulen insbesondere mit überwiegendem Teilzeitunterricht an den Berufsschulen innerhalb des dualen Ausbildungssystems.

14. Hochschulausgaben um sechs Prozent gestiegen

Wie das Statistische Bundesamt am 27. März 2025 [mitteilte](#), wurden 2023 75,2 Milliarden Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung ausgegeben, ein Plus von sechs Prozent zu 2022. Mit 42,1 Milliarden Euro waren die Personalausgaben, die rund 56 Prozent der gesamten Hochschulausgaben ausmachten, wieder der größte Ausgabeposten der Hochschulen. In den medizinischen Einrichtungen, einschließlich Gesundheitswissenschaften, wendeten die Universitäten 36,8 Milliarden Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlungen auf.

15. BFB-Jobportal bietet kostenfreie Möglichkeit der Jobvermittlung

Das Jobportal www.freieberufe-jobportal.de des BFB, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete lanciert wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) zu einem allgemeinen Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Nun bietet es, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit- und Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze, zu inserieren. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den Freien Berufen setzen BFB und BDU in ihrer Kooperation gezielt einen strategischen Schritt, um bestmögliche Ergebnisse und Bedingungen in den Freien Berufen zu schaffen. Weiterhin soll mit dem Jobportal mit Blick auf das Gemeinwohl die Verbindung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei den Freien Berufen gefördert werden. Stellenanzeigen können [hier](#) unkompliziert und gratis aufgegeben werden.

